

Volkstimme

Eingelnummer 30 Bg.

Sozialdemokratisches Organ für den Bezirk Halle

Redaktion: Halle a. S., G. Trautenbergstr. 17.
Fernspr. 6802. Erscheinende täglich von 11-12

und sämtliche Unterbezirke (Kreise) im Reg.-Bez. Merseburg. Erscheint täglich
außer Sonn- u. Feiertags in Halle a. S., Sonnabends mit der illustrierten Beilage
„Volk und Zeit“.

Verlag v. E. G. Pfeiffer, Halle a. S., Marktstr. 27.
Fernspr. 5407. Postfachnummer 2799 g Nr. 87573

Nr. 2

Bezugspreis: Durch Abnehmer postfrei monatlich
6,00 Mk. einschließlich Frachtkosten. Für Abnehmer 5,50 Mk.
Durch Postbezug im Vierteljahr 18,- monatlich 6,00 Mk.
einzelne Beilagen.

Halle, Dienstag, den 4. Januar 1921

Abdruck aus dem „Volk und Zeit“ ist ohne schriftliche Erlaubnis des
Verlegers 60 Pf. Besondere Anzeigen im Preispaß mit
Textteil 2,50 Mk. Schluß der Anzeigenannahme für die nächste
Ausgabe morgens 9 Uhr.

5. Jahrgang.

Die Notenfut.

Aus Helfferichs Blauzeit — Die Steuerhinterziehungen — Joubaux über Deutschland.

Eine Note gegen die Flugpolizei.

Es ist fast unmöglich, alle die zwischen Deutschland und den Alliierten gewechselten Noten ausgiebig zu behandeln. Man kann sie nur registrieren in einzelnen Fällen, denen weniger Wichtigkeit beigemessen wird, geschieht das noch nicht einmal. Jetzt wird eine neue Note der Entente bekannt:

Die Weisheitskonferenz hat am 31. Dezember v. J. folgende Note an die deutsche Friedensdelegation in Paris geschickt:

Unter dem 4. Dezember haben Sie der Konferenz eine Note überhandelt, in der die deutsche Regierung erklärt, an der Ansicht festhalten zu müssen, daß eine Ausstattung der Polizei mit Luftfahrgeräten weder gegen den Vertrag von Versailles noch gegen die Abmachungen von Spa verstoßen würde. Ich beehre mich, Ihnen mitzuteilen, daß die Konferenz nach erneuter Prüfung der Frage nun in aller Form ihre früheren Entscheidungen aufrechterhalten kann.

Das Bestehen einer Luftpolizei steht offenbar im Widerspruch zu Artikel 198 des Vertrages und die Bildung von Ausbildungs-Geschwadern für die Polizei würde dem Art. 3 des Artikels 162 direkt zuwiderlaufen. Außerdem haben die Alliierten Regierungen in ihrer Note vom 22. Juni bei Erstellung der Genehmigung zu einer Vermehrung der deutschen Polizei die Bedingung gestellt, daß diese mit einer Bewaffnung versehen würde, die ihrer Aufgabe zu entsprechen habe und von der Kontrollkommission zu bestimmen sei. Die Kontrollkommission hat genaue Bestimmungen über diese Bewaffnung getroffen. Eine Ausstattung mit Flugzeugen ist dabei nicht vorgesehen. Die Konferenz sieht keine Veranlassung, eine Revision dieser Entscheidung anzuordnen.

Neben dieser Note gegen die Luftpolizei sind noch zwei andere Noten eingelaufen. Die eine besteht aus der Forderung der Verstärkung der Weisheitsdelegationen, wie ich schon eine frühere die vollständige Weisheitsdelegation im Osten Deutschlands forderte. Außerdem hat Deutschland durch das Auswärtige Amt dem Vorhinein der internationalen Untersuchungskommission für das Landheer eine neue Note zu der von der Entente wieder geforderten Auflösung der Sicherheitspolizei überreichen lassen.

Die Verhandlungen der Beamtenverbände mit der Regierung.

Berlin, 3. Jan. Heute fand im Reichsfinanzministerium zwischen Vertretern der Reichsregierung und Vertretern der führenden Organisationen der Beamten und Arbeiterschaft des Reiches, insbesondere der Eisenbahner, in Anwesenheit von Vertretern der Länder eine Aussprache über die bestehende Notlage und deren Abheilung statt. Von beiden Seiten wurden die für die weitere Erledigung der Angelegenheit dienlichen Gesichtspunkte erörtert, und durch die gegenseitige offene Söberung der tatsächlichen Verhältnisse der Beamten und Arbeiterschaft wie der wirtschaftlichen und finanziellen Verhältnisse des Reiches eine allgemeine Orientierung geschaffen, die eine weitere Verhandlung ermöglicht. Am Mittwoch, dem 5. Januar, werden die Verhandlungen zwischen dem Reichsverkehrsministerium und dem Sachverständigenrat der Eisenbahner, am Freitag, dem 7. Januar, zwischen dem Reichsfinanzministerium und dem Deutschen Beamtenbund nebst Gutachterauschuß aufgenommen werden.

Berlin, 4. Jan. Nach den Berichten der Blätter haben die geistigen Verhandlungen der Regierung mit den Vertretern der Beamten nach anfänglich erregter Debatte zu einer Annäherung beider Parteien geführt. Es besteht die Hoffnung, daß man in den ferneren Besprechungen nicht nur mit dem Deutschen Beamtenbund, sondern auch mit den Eisenbahnern zu einem Vergleich kommen werde.

Das Abstimmungsergebnis der Eisenbahner im Direktionsbezirk Berlin ergab 80,94 Prozent für den Streik als letztes gewerkschaftliches Mittel. Nach Blättermeldungen aus Dresden, Breslau, Königsberg, Hamburg-Altona hat die Abstimmung unter den Eisenbahnern auch dort eine starke Mehrheit für die eventuelle Anwendung des Streiks ergeben.

Spannung zwischen Georgien und Aserbaidschan.

Berlin, 3. Jan. Wie die georgische Gesandtschaft mitteilt, wurde die letzte Note von Tiflis über Batum, die gleichzeitig an die Regierungen von England und Georgien gerichtet war, von der georgischen Regierung mit nachfolgender Note beantwortet: Die Stadt und der Bezirk Batum sind ein natürlicher und untrennbarer Bestandteil der georgischen Republik. Deshalb dürfen Kündigungen für

die Unverletzlichkeit von Batum, wenn dieser eine Gefahr drohen sollte, von keinem andern herrühren, als von der Regierung Georgiens.

Das georgische Volk, das um den Preis schwerster Prüfungen seine Freiheit errang, wird jeglichem Versuch, seine Hoheitsrechte anzutasten, entschieden Widerstand leisten. Wenn Georgien in dieser Frage von irgendwelcher Seite Mithilfe begeht, wird es dieses als Ausbruch feindschaftlicher Beziehungen zum georgischen Volk dankbar entgegennehmen.

Jedlicher Versuch zur Verletzung der Hoheitsrechte Georgiens muß als ein Ausfluß imperialistischer Bestrebungen erachtet werden, ebenso auch Kündigungen zum Schutze von Batum, die ohne Wissen und Einwilligung der georgischen Regierung verursacht werden.

Die Wahlen in Spanien.

Niederlage der Regierung.

Madrid, 2. Januar. Nach Meldungen unabhängiger Blätter wurden bei den Corteswahlen 179 Abgeordnete der Regierungsparteien gewählt; für fünf Sitze steht das Ergebnis noch aus. Hiernach würden der Regierung an der Mehrheit 21 Stimmen selbst dann fehlen, wenn die noch ausstehenden fünf Wahlergebnisse für die Regierung günstig sein sollten. Allerdings ist es nicht ausgeschlossen, daß bei den Verhandlungen der Cortes Teile der Konservativen unter Führung von Maura und La Cierva von Fall zu Fall für die Regierung eintreten. Die Regierung hat zu der durch die Wahlergebnisse geschaffenen Lage öffentlich noch nicht Stellung genommen.

Der Finme-Vertrag unterzeichnet.

Rom, 1. Januar. Wie die Blätter melden, ist das Abkommen zwischen den Vertretern Finmes und des General Ferrario gestern mittag endgültig unterzeichnet worden. Die Bitte d'Annunzio, an der Spitze der Legionäre Finme verfallen zu dürfen, wurde nicht bewilligt.

Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in England.

London, 2. Januar. Wie bekanntgegeben wird, hat die Regierung die Absicht, die Zahl der Arbeitsstunden in den industriellen Betrieben Englands einzuführen, um dadurch zu ermöglichen, daß mehr Arbeitslose eingestellt werden. Die Regierung will die Arbeiterverbände auffordern, hierbei mitzuwirken.

Kostenförderung und Lohn gestiegen.

London, 2. Januar. Infolge Steigerung der Kohlenförderung werden die Vergütete im Januar eine Lohn-erhöhung von täglich drei Schilling sechs Pence erhalten.

Die Finanznöte der Türkei.

Konstantinopel, 2. Januar. Nach einer Haas-Meldung hätte die Pforte, da ihr alle Geldmittel zur Regelung der rufständigen Beamtengehälter fehlen, Schritte bei den Verbandsmächten unternommen, um die Rückgabe der beschlagnahmten 400 000 Goldpfund zu erlangen, die zur Deckung des Finanzbedarfes für die während des Krieges aufgenommenen inneren Anleihen in der Kaiserlich Osmanischen Bank hinterlegt waren. Die Verbandsmächte haben nunmehr in die Rückzahlung der genannten Summe eingewilligt unter der Bedingung, daß sie unter Aufsicht der internationalen Kontrollkommission nur für Bedürfnisse des Schatzes verwendet wird.

Zusammenschluß Mittelamerikas.

In der Pariser Ausgabe der „Daily Mail“ wird nach spanischen Blättern die Nachricht über die Einigung über die Beziehungen zwischen den mittelamerikanischen Republiken dahin ergänzt, daß Guatemala, Honduras, Nicaragua und Costarica sich unter dem Namen Vereinigte Staaten von Mittelamerika als Bundesrepublik zusammengeschließen hätten. Der neue Staat werde eine einheitliche Flagge führen und nur einen gemeinsamen diplomatischen Vertreter bei den einzelnen Mächten bestellen. Auf das Geschwehen werde vereinigt werden.

Indien strebt nach Selbständigkeit.

Paris, 2. Januar. Nach einer Blättermeldung aus Magpur hat der indische Nationalkongreß zwei Resolutionen angenommen. Die erste behagt, das indische Volk müsse mit allen geeigneten Mitteln Homerule zu erhalten suchen; die zweite fordert zur Verzögerung der Zusammenarbeit mit den englischen Behörden auf, zur Klärung der Steuern und zum Bestohle des auswärtigen Handels.

Inner noch die britischen Einmischungen. Wie der „Vorwärts“ aus München meldet, begibt sich der britische Ministerpräsident wegen der britischen Einmischung in dieser Lage erneut nach Berlin.

Saben die Beamten das Streikrecht?

Von Th. K o h r, M. D. R.

Der in Aufsicht stehende Streik der Reichseisenbahner rückt die Frage des Streikrechts der Beamten in den Vordergrund der öffentlichen Diskussion. Leider scheint der Reichsverkehrsminister aus der Vergangenheit so gut wie nichts gelernt zu haben, denn seine neueste Maßnahme besteht in einem Antistreikgesetz, in dem die Eisenbahndirektionen zur „Bekämpfung des Streikrechts“ aufgefordert worden. In dem Erlaß werden „besondere Richtlinien“ gegeben, in denen es heißt, mit den Beamtenpflichten sei eine Streitaktion in und außerhalb des Dienstes unvereinbar. Der Erlaß ist ein Gegenstück zu den Kündigungen der Reichsregierung und des Reichspostministers zum Streikrecht der Beamten. Die letzteren Kündigungen haben bekanntlich die Unabhängige sozialdemokratische Partei veranlaßt, eine Interpellation im Reichstage einzubringen, die im Monat Januar von der Regierung beantwortet werden soll. Bei dieser Gelegenheit wird auch der Erlaß des Ministers Groener zur Diskussion stehen. Inwiefern kann allerdings die zu erwartende theoretische Auseinandersetzung im Parlament durch die taube Praxis überholt sein, denn der Eisenbahnerstreik ist in bedrohliche Nähe gerückt.

Rechtsfragen sind bekanntlich nachfragen und zu allen Zeiten wurde das Recht durch die vorfindenden Machtstärken den erforderlichen Bedürfnissen angepaßt. Die Frage, ob die Beamten tatsächlich das Streikrecht haben, würde in dem Augenblick entschieden sein, wo es den Beamten gelingt, eine Streikbewegung zu einem friedlichen Ende zu führen. Wenn ganz abgesehen davon, erscheint es gerade jetzt notwendig, einmal die Rechtslage zu untersuchen. Da ist vor allem Dingen davon auszugehen, daß bisher die Auffassung darüber keine einheitliche war, ob die Gewährung des uneingeschränkten Koalitionsrechts gleichbedeutend mit der Gewährung des Streikrechts ist. Die Kündigungen, die die republikanischen Regierungen im Reich und in Preußen veröffentlichten, machen einen Unterschied zwischen Koalitionsrecht und Streikrecht. Diese Kündigungen haben indes keinerlei Gesetzeskraft. Anders steht es mit dem Erlaß der Volksbeauftragten vom November 1918. Durch die Revolution wurden die bis dahin vorhandenen gegebene Körperschaften ihrer Befugnisse entkleidet. An die Stelle jener Körperschaften war als höchste vollziehende Gewalt der Rat der Volksbeauftragten getreten. Seine Beratungen haben bis auf den heutigen Tag Gesetzeskraft. Wäre es anders, hätte auch die verfassungsgemäße Nationalversammlung nicht zusammengetreten können. Der hier angezogene Erlaß gewährt nun das volle und uneingeschränkte Koalitionsrecht. Das hat selbst die „Deutsche Tageszeitung“ am 16. April 1919 mit folgenden Worten festgestellt: „Der Erlaß der Volksbeauftragten gewährt auch den Beamten die volle Koalitionsfreiheit ohne jede Einschränkung.“

Daß die politischen Parteien darüber eine geteilte Meinung haben und diese auch sehr deutlich in der 72. Sitzung der Nationalversammlung vom 1. August 1919 zutage trat, ist durchaus begreiflich. Fest steht aber, daß weder die Nationalversammlung noch der gegenwärtige republikanische Reichstag den Erlaß des Rates der Volksbeauftragten abgeändert haben. Im Gegenteil, es liegt hierzu eine klare Zeugung des früheren Reichsministers des Innern, Dr. David, vor, die auspricht, daß die Frage des Streikrechts mit der Erledigung des neuen Beamtenrechts gelöst werden soll.

Wer nun auf dem Standpunkt steht, daß die Gewährung des uneingeschränkten Koalitionsrechts nicht gleichbedeutend ist mit dem Streikrecht, kann mit einem Seiten von Recht behaupten: die Beamten haben auch durch die Revolution das Streikrecht nicht erhalten. Deshalb ist es notwendig, in aller Kürze festzustellen, ob die Worte „Koalitionsrecht“ und „Streikrecht“ identisch sind. Aus den Schriften der Gesellschaft für soziale Reform, die wohl die gründlichsten Arbeiten auf diesem Gebiete enthalten, geht unabweislich hervor, daß das Koalitionsrecht auf das Streikrecht einfließt. Die genauen Kenner des Arbeiterrechts, die in diesen Schriften mitgearbeitet haben, kommen einmütig zu der Auffassung, daß das Koalitionsrecht ohne Streikrecht keinen Wert hat und darum das Recht zur Arbeitsüberlegung jeder Koalition zueht.

Diese Feststellungen berühren übrigens den Kern der Sache. Bei den meisten Arbeitseinrichtungen ist es die Sorge um das tägliche Brot, die zur Anwendung des letzten gewerkschaftlichen Mittels geführt hat. Infolgedessen hat das Streikrecht auch seine hohe moralische Bedeutung. Mit Recht sagt Dr. Grabnarner in seinem im Jahre 1911 herausgegebenen Buche „Wahlkampf“: „Dem Arbeiter ist Koalitionsrecht nehmen oder verweigern, bedeutet, ihm sein einziges Eigentum, sein Leben selbst rauben.“

Was nun dem Arbeiter bis auf den heutigen Tag zugestanden wurde, nämlich das Recht, seine und seiner Familie wirtschaftliche Existenz mit Hilfe des Streiks zu sichern, wird dem Beamten erlaubt sein, wenn die gleichen Voraussetzungen gegeben sind. Nur wenn die gelegentlichen Vorfälle, die über das Streikrecht der Beamten zu entscheiden haben, feststellen können, daß die wirtschaftliche Not von den

von und die Verfassung des Parlamentarismus, die in Reichsland herbeigeführt worden ist, das angeblich nicht mehr über Vertrauen und Mißtrauen, sondern über die Größe des Wahltums abgemessen werden muß, und die eine negative Haltung der Wähler gegenüber den Kandidaten für die Regierung bedeuten kann, die nach längerer Zeit am Ruder halten wird. Über gewiß nicht nach der Sozialdemokratie, sondern nach der Sozialdemokratie. Wir hoffen, daß wir die preußischen Wahlen den Totenkopf geben werden. Kommt sie schon vorher, um so besser.

Diesem ganz einheitlichen und klaren Gedankengang haben wir in den letzten Tagen wiederholt entwidelt, und es ist ein recht harmloses Betragen, wenn Freiheit und Berliner Tagelatt" sich um die Weite bemühen, ihn nicht verstehen zu wollen.

Die Abstimmung in Ober-Sachsen.

München, 3. Jan. In den „Münchener N. N.“ schreibt der bekannte Staats- und Rechtslehrer Geheimrat Professor Dr. Whilipp Jörn zur Frage der Abstimmung in Ober-Sachsen: Jede Abwendung von dem Rechtsweg der einheitlichen Gemeindefestimmung ohne Zustimmung aller Verfassungsorgane macht die Abstimmung nichtig. Wenn die Sozialisten die Abstimmung erteilt, die Abstimmung der nicht im Abstimmungsgebiet anliegenden Stimmberechtigten hätte als die Abstimmung der einheimischen Stimmberechtigten stattfinden zu lassen, so ist dies eine direkte und schwere Verletzung des Artikels 88, das heißt der ihm beigefügten Anlage 8, 4, 5. Diese schreiben eine einheitliche Abstimmung aller Gemeindefestungen ohne Unterschied von Geburt und Wohnort vor. Jede andere Art von Abstimmung ist vertragsmäßig und ohne Zustimmung Deutschlands nichtig.

Die Forderungen des Braunschwelgers.

Braunschw. 3. Jan. Das staatliche Presseamt wendet sich gegen die Behauptung des Reichstreters des vormaligen Herzogs von Braunschweig, wonach das Ministerium die Forderungen des herzoglichen Hauses in wesentlichen Punkten unrichtig wiedergegeben haben soll und erklärt: Der Reichstreters des herzoglichen Hauses hat nach Bekanntgabe der herzoglichen Forderungen im Landtag einige unwesentliche Änderungen des Verhandlungsprotokolls veranlaßt, durch die insbesondere in der ersten Mitteilung bekanntgegebene Höhe der Forderungen selbst in keiner Weise berührt wird. Die Mitteilung, wonach der fünfte Teil aller Kammergüter zehrenden Domänen, das Schloß Blankenburg, das Landgestüt, das Landesmuseum und die Mobilien sämtlicher Hofbesitzungen gefordert werden, entspricht durchaus den Tatsachen.

Kommunistischer Jubel.

Ein neuer großer Sieg der revolutionären Arbeiterklasse, so verkündet frohlockend die „Rote Fahne“ den Besiegten des französischen Parteitag von Tours zugunsten der dritten Internationale. In Wahrheit bedeutet dieser Parteitag, daß die Kommunisten auch in Frankreich ihr Ziel erreicht haben: die von Tausenden geschaffene Einheit ist in zwei oder drei Stufen zerfallen worden und die französischen Arbeiter sind noch schwächer als sie vorher waren. Das deutsche Revolutionsforum die Hoffnung auf Hilfe und Rettung durch die französische Arbeiterklasse für absehbare Zeit nunmehr ruhig einlagern. „Großer Sieg der Kommunisten!“

Die Steuerzinsen Ertrags. Der Meldung einer Zeitungskorrespondenz zufolge hat die Finanzverwaltung die von ihr bisher bearbeiteten Steuerzinsen Ertragszinsen der Staatsanleihe gegeben, die nunmehr die weitere Untersuchung führen wird.

Die Steuerhinterziehung.

Warum die kleinen Einkommen so stark bestraft werden, warum die Vermittler sogar ihren steuerlichen Einkommen für bezahlten Fall müssen, versteht man aus nachfolgendem, wirklichen Vorfall.

Die „Deutsche Reichs-Zeitung“ hat folgendes Zirkular veröffentlicht:

Süßig und wichtig für jeden, der beträchtlich an Reichseinkommensteuer zahlen will!

Magdeburg, Datum des Postempfels.

Geehrt Herr!

Von allen neuen Steuern wird die Reichseinkommensteuer die am meisten drückendste werden. Nehmen wir an, daß Sie im Jahre 1920 ein steuerpflichtiges Einkommen von 50 000 Mark gehabt haben, so werden Sie davon für die Steuerjahre 1920 und 1921 eine Reichseinkommensteuer von zusammen über 27 000 Mark zu entrichten haben, für die Steuer für die beiden Jahre fast 90 000 Mark, von einem Einkommen von 200 000 Mark würden Ihnen in den beiden Jahren bereits annähernd 168 000 Mark vorgezogen.

Unter diesen Umständen gerieren sich Hunderttausende den Kopf darüber, wie sie sich diese schwere Last erleichtern können, ohne dabei gegen die Gerechtigkeit zu verstoßen.

In der Tat gibt es ein Mittel hierzu, es besteht in der Umwandlung des geschäftlichen oder landwirtschaftlichen Betriebs in eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung — G. m. b. H. — wenn bei Großkapitalisten in der Beteiligung an einer solchen Gesellschaft. Dieses Mittel führt unter gewissen Voraussetzungen, die nach unserer Überzeugung auch bei Ihnen vorliegen werden, und unter Anwendung gewisser Maßnahmen, die Sie nötig in Ihrer Hand haben, dahin, daß der betreffende Steuerpflichtige, soweit ein geschäftliches Einkommen in Betracht kommt, die Reichseinkommensteuer nicht nach der Höhe dieses Einkommens, sondern nach demjenigen Betrag zu entrichten hat, den er aus diesem Einkommen für seinen Privatbedarf herausgibt. Für die Steuerjahre 1920 und 1921 ist dieses Mittel an sich nur noch in geringem Maß überzogen nicht mehr wirksam. Es ist uns jedoch gelungen,

auch für diese beiden Steuerjahre einen Ausweg in der Weise zu finden, daß bei der Umwandlung in eine G. m. b. H., wenn Sie noch in diesem Jahre erfolgt, der Geschäftsbetrieb des Kalenders oder Betriebsjahres 1920 ganz oder zum erheblichen Teil aus der Welt geschafft wird, so daß dann für die Steuerjahre 1920 und 1921 das geschäftliche Einkommen des Jahres 1920 überhaupt nicht oder nur zu einem geringen Teile zur Reichseinkommensteuer herangezogen werden kann.

Um aber alle diese Fragen den weitesten Kreisen erschöpfende Auskunft erteilen zu können, haben wir diese in einem von unserem Geschäftsführer, Herrn Referent a. D. Debeget, der hierüber seit langen Jahren mit bestem Erfolg als Steuerjurist praktiziert, verfaßt hat, seinen letzten Bänden unter dem Titel „Das wichtigste geschäftliche Mittel zur beträchtlichen Erparnis an Einkommensteuer. (Betrifft nur Personen mit größerem gewerblichen Einkommen sowie Grundbesitzer und Großkapitalisten)“ zusammengestellt und erteilen die Auskunft über die oben berührten Fragen durch Zulassung dieses Büchleins, wobei wir für diese Auskunft gemäß den gesetzlichen Bestimmungen einleiten. Mit Rücksicht auf die Haftung, den ungewissen Nutzen, den Sie aus unsern Ratschlägen möglichst weite ziehen, und den Umstand, daß Sie anderweit in unsern Büchlein enthaltene Belehrung kaum werden erhalten können, bezeichnen wir für diese Auskunftserteilung ein Honorar von 20 Mark, wozu noch für Druckkosten und Versandung 0,50 Mark, für Nachnahmeporto weitere 0,80 Mark treten.

Da die in Rede stehenden Maßnahmen sorgfältige Überlegung bedürfen, andererseits aber auch keinen Bezug haben, wenn die Ihnen hier für die Steuerjahre 1920 und 1921 ausgeben können, so empfehlen wir sogleichige Bestellung, für welche wir eine Karte belegen.

Die Abienung erfolgt ausschließlich gegen Vorauszahlung auf unser Postkonto Berlin Nr. 96 035 oder gegen Nachnahme. Wir bedanken nachdrücklich, daß sich alle unsere Rat schläge auf geschäftlichem Boden bewegen.

Schachtungslool

Magdeburger Steuerberatungs-Gesellschaft m. b. H.

Es gibt also mancherlei Erwerbsmöglichkeiten. Man kann sich mit einem Anstand eine gute Existenz gründen, wenn man Rat schläge erteilt, wie der Staat auf geistlichem Wege um die Steuern zu betragen ill. Meistlich wird dem Herrn Unternehmer aber doch das Geschäft verdröhen, denn zunächst macht der Staat ja gar keine Anhalten, Belohnungen einzuführen, sondern ist der reiche Steuerzahler der Mühe entzogen, mit seiner Hilfe eines Steuerzahlers-bureau den Staat zu betragen. Die jetzige Steuerhinterziehung ist so glänzend, daß es nicht einmal einen Zweck hat, Steuerhinterziehungen zu verhindern. Dem Arbeiter zahlt man allerdings regelmäßig seine 10 Prozent vom Lohn ab und stellt ihm auch noch einen Nachtragssteuerzettel in Aussicht.

Aus Helferrichs Glanzzeit.

Riefenshimmel bei der Wumba.

In der holländischen Gegend ist es durch Zufall gelungen, einen Riefenshimmel anzufinden, der aus der Glanzzeit der Hohenzollernmonarchie und ihres Trabantens des Helferrich, kam. In der Nähe von Emmerich, wo stets ein starker Schmuggelverkehr herrschte, wurde vor etwa sechs Wochen ein Mann angehalten, der größere Summen in Effekten bei sich führte, die er nach Holland schmuggeln wollte. Bei seiner Vernehmung gestand er, daß er im Auftrage eines Fabrikanten Heng in Essen handele, der eine Anzahl Personen für den Kapitalismus in seinen Diensten habe.

Durch das Landeshauptmannamt in Essen wurde der dortige Fabrikant Heng übermüdet und dabei ermittelt, daß dieser jetzt ein Vermögen von nahezu 45 Millionen Mark besitzt und mehrere Fabriken sein eigen nennt, während er vor dem Kriege in Berlin als Tischler eine kleine Werkstatt besaß, jedoch in äußerst schlechten Verhältnissen lebte und ohne Gehellen arbeitete. Nachforschungen ergaben, daß Heng während des Krieges von der „Wumba“, den Waffen- und Munitionsfabrikanten, mit „Wära“ zur Versorgung von Munitionsfabriken in solcher Umfange erhielt, daß er sich selbst nicht ausführen konnte, sondern die Fertigungen weiter vergab und auf diesen Wege an der „Wumba“ bis 7 Mark verdiente. Die Aufträge aus der „Wumba“ nahmen einen immer größeren Umfang an, so daß der kleine Tischler schließlich eine Art Monopol für Munitionsfabrik und später für Gerätewagen erhielt.

Es wird dem Heng zur Zeit gelegt, daß er die Lieferungen die er der „Wumba“ in Rechnung stellte, gar nicht in voller Höhe ausgeführt hat, und daß er gefälligen Beamten Provisionen für die Ueberweisung von Aufträgen gezahlt habe. Die bisherigen Feststellungen haben den Verdacht so weit verdichtet, daß über das Vermögen zweier Essener Fabrikanten und verschiedener ehemaliger Angestellten der „Wumba“ Arbeit verhandelt werden ill. Außer dem Heng sind bisher in Haft genommen der Wüstinghof und Dipl.-Ing. Heering, ein Oberleutnant und ein Hauptmann der „Wumba“, ein Beamter der „Wumba“, namens Götter, und ein Kaufmann Meusch aus Essen. Die Summe, um die die Wumba betragen sein soll, läßt sich noch nicht übersehen, man spricht von 40 Millionen Mark.

Es handelt sich bei diesen Vorkommen zweifellos nur um eins der üblichen Kriegsgeschäfte, die die „neuen Reichen“ zu Hunderten haben entziehen lassen. Da sie sich abspielten in einer Zeit, da Herr Helferrich in der deutschen Regierung Wilhelmstönungsbewand war, ill deswegen wichtig, weil dieser neue deutsche nationale Kämpfe gegen das — Schiebertum in der Republik sich einen besonderen Heiligenschein erwerben will. Die „Wumba“ war eine Schöpfung des Krieges, um das bekannte Hindenburgprogramm der Waffenfabrikation von Kriegsgüter um jeden Preis sicherzustellen. Helferrich als Reichsfinanzminister und späterer Budgetminister war für die Geldschöpfungsbewahrung mitverantwortlich. Was sich für er heute davon nichts mehr wissen wollen. Er hat ja sozial damit zu tun, die demokratische Republik anzukämpfen und „Ergänzungen“ nachzukäufeln. Wie sollte er da Gelegenheiten haben, sich um die Schieburger aus seiner Glanzzeit

unter der Hohenzollernmonarchie sonderlich aufzutragen? Dalmier und Guts-Hoffnungsbüchle sind ja auch noch unerschöpft.

Dagegenüber tritt es wie ein blühiger Hof, wenn im Schwelger Reichsland vom 29. 12. 20, ein Aufbruch des dortigen Deutschnationalen Kreisvereins erscheint, in welchem die „Gezeiten“ Helferrich zur Vermählung mit einer Freifrau beglückwünscht wird. Es heißt dort:

„Wir Deutschnationalen Männer und Frauen wünschen diesem stolzen Manne Segen und Glück in Familie wie für den Dienst am Vaterland. Wir zählen Erhellung Helferrich voll freudigen Stolzes zu den Unfern. Von dem Tage, wo er dem Reich des Reiches — Graberger — die demokratische Wüste vom Gesicht riß, haben wir die aufstrebende, kampfgewandte und erfolgreiche parlamentarische Arbeit Helferrichs mit besonderem Dank bewundert. Möge der heutige Tag ein Sinnbild sein, daß, wie die persönlichen, auch die Bande deutschen und nationalen Empfindens mit Erhellung Helferrich fester um unsern Kreis sich schlingen möchten.“

Wenn man diese, im schauerhaften Deutsch zusammengetragenen Wörtern glücklich zerlegt und mit 20 und 20 etwas Inhalt gefunden hat, so bewundern demnach die Schwelger Deutschnationalen Männer und deren Frauen diesen stolzen Mann! von dem Tage ab, wo er nicht mehr zum Schanden des Reiches im Vorkriegslande des Reichsgeheimrats hauen konnte.

Viel Glück den so feist mit Helferrich umschlungenen Mannen aus Schwelger!

Soubour über seine Eindrücke in Deutschland.

Das „Korrespondenzblatt des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes“ bringt in seiner Nr. 52 vom 25. Dezember 1920 die Uebersetzung von zwei Berichten, die Genosse Soubour in Nr. 36 und 37 des französischen Gewerkschaftsblattes „L'Atelier“ über seine Eindrücke im besetzten Teile Deutschlands veröffentlicht hat. Diese Berichte sind um so anerkennenswerter, als ohne Zweifel ein belandener Mut dazu gehört, im heutigen Kampfbewusstsein und imperialistischen Frankreich solche Wahrheiten öffentlich zu sagen. Soubour schreibt unter anderem:

„Es ist durchaus unsere Pflicht, der öffentlichen Meinung in Frankreich zu sagen, daß man sich bemüht, die zu verewirren und zu täuschen, es ist durchaus unsere Pflicht, daran zu erinnern, daß die Arbeitgeber, an der Ruhr, bis jetzt die von ihnen bezirkelten in Spa eingegangenen Verpflichtung vollständig erfüllt haben. Und die gleiche Sorge für die Wahrheit verpflichtet auch, zu sagen, daß die Entente nicht die die Sorgfalt dafür gehabt hat wie die Arbeiter, ihre Verpflichtungen einzulösen.“

Die Besetzung des Ruhrgebiets? Wir haben uns von der tiefen Erregung zu überzeugen können, die die Bewohner dieses Gebiets in dem Fall ergreifen würde. ... Die Besetzung des Ruhrgebiets wäre sofort das Zeichen eines Generalstreiks. ...

Die Arbeiter des Ruhrgebiets machen beträchtliche Anstrengungen, arbeiten mit allen Kräften, um die eingegangenen Verpflichtungen zu erfüllen. Man darf aber nicht darauf rechnen, daß sie unter dem Druck der Bajonette denselben Eifer entwickeln würden. Und noch eins. Man kann alles von ihrem guten Willen erwarten; man kann aber nichts von ihnen unter einem Eisenregiment erwarten.

Sie haben, weil sie so denken? Wer wird es wagen?

Wir sind zurückgekommen mit dem lebhaftesten Eindruck (um nicht mehr zu sagen), daß die Besetzung des Ruhrgebiets von dem Großkapitalismus Deutschlands, von der Stinnespartei, gewünscht werde, von der ein Leiter eines großen Betriebes uns als „ausländische Feinde“ bezeichnet hat. Und warum? Weil diese Besetzung der Ruin der Pläne zur Sozialisierung des Bergbaues sein würde, die zurzeit jenseits des Rheins erwogen werden.

Wir haben uns überzeugen können, daß das Unternehmertum auf die Soldaten der Entente rechnet, damit diese ihnen bei ihren reaktionären Bestrebungen helfen.

Wenn man die Leiden der deutschen Arbeiterbevölkerung in Abrede stellt, so lügt man! Wir haben sie gesehen. ... Wir haben die Kinder dieses Gebiets gesehen. Abgelehrt, ohne Rücksicht, erschöpft, frühzeitig gealtert. Außerlich laubig gehalten, jedoch in 8 von 10 Fällen ohne Hemd. Wir sind unerwartet zu den Wahlen der Arbeiter gekommen, und als wir uns einfinden, fragten wir uns, es ist möglich, daß Familien von 8 Personen mit durchschnittlich 50 Mark täglich auskommen können. Das ist annähernd ebenso, wie wenn man von ihnen verlangen würde, in Paris mit einem täglichen Einkommen von 8 bis 9 Fr. auszukommen. Wir haben die Jünglinge gesehen, die ausgezehrt jungen Leute; wir haben bemerkt müssen, daß eine ganze Generation geschädigt, blutarm, zur Ueberholungsperiode verdammt ist, wenn diese Verwüstung auch noch weiter geht.

Ein solcher Stand der Dinge kann nicht andauern, wenn man die Menschenrechte nicht daraus verneinen will. ... Wir haben nicht alle Forderungen unterdrückt, die man uns unterbreitet hat; wir müßten sogar genug Fortschritte gemacht haben — das Wort ist nicht zu hart, weil die sich auf amtliche Erklärungen unserer französischen Mitarbeiter beziehen. Wir haben darum aber um so mehr das Recht, auszusprechen, daß die Entente auf Grund der eingegangenen Verpflichtungen zu Schritten gegriffen hat, und daß diese Stellung von uns nicht geillt werden soll. Die Frage nach dem Kohlen, die wir gebrauchen, die die Deutschen gebrauchen, kann durchaus nicht gewalttätig gelöst werden. Die

Mein diesjähriger

Inventur-Ausverkauf

bestiel Gelegenheit zu äusserst vorteilhaften Einkäufen in allen Abteilungen.

Weddy-Pönicke,

Leinenhaus · Wäschefabrik
Halle a. S., Leipzigerstrasse 6.

Nicht die Preise allein, die Qualitäten geben den Ausschlag.

